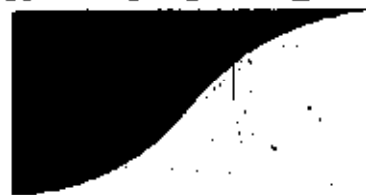


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

39. Jahrgang / 246

21. Dezember 1984

Lothar Löffler MdB,
Stellvertretender Vor-
sitzender des Ausschus-
ses für innerdeutsche
Beziehungen, zur Deutsch-
landpolitik der Union:
Klärungsprozeß erforder-
lich. Seite 1

Karl Weinhofer MdB, Mit-
glied im Ausschuß für
Arbeit und Sozialordnung
des Deutschen Bundesta-
ges, zum Forderungskata-
log der ASU: Zynischer
Sozial-Abbau.
Seite 4

Karl Heinz Müller MdL,
Sozialpolitischer Spre-
cher der SPD-Fraktion
im Bayerischen Landtag,
zur Weihnachtsgeld-Rege-
lung der Bundesregie-
rung: Schöne Bescherung.
Seite 7

Klärungsprozeß erforderlich

Feststellungen zur Deutschlandpolitik der Union

Von Lothar Löffler MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für inner-
deutsche Beziehungen im Deutschen Bundestag

Vor einem Jahr sagte Bundeskanzler Kohl in seinem politi-
schen Rückblick auf das Jahr 1983 sinngemäß, daß eine
gute innerdeutsche Politik auch ein Stück europäischer
Friedenspolitik sei. Wir Sozialdemokraten stimmten ihm
zu. Die von uns Anfang der 70er Jahre mit den Freien
Demokraten eingeleitete Entspannungspolitik hatte zum
Ziel, durch Verständigung Vertrauen aufzubauen und durch
Vertrauen zu Abrüstungsschritten zu gelangen. Dabei war
immer klar, daß dies eine schwierige Politik sein wird,
bei der spektakuläre Erfolge nicht zu erzielen sein wer-
den. Diese Politik mußte anfangen mit den so viel be-
schworenen kleinen Schritten.

In der Praxis setzt die Regierung Kohl diese Politik weit-
gehend fort. Aber wie lange noch? Aus den eigenen Reihen
sind Töne zu hören, die teilweise eine Distanzierung
von der Politik der eigenen Regierung darstellt. Ein
Beispiel hat besonderes Aufsehen erregt: Die Kritik eines
Abgeordneten an dem Bundespräsidenten wegen dessen Ab-
sicht, Erich Honecker in Bonn empfangen zu wollen.

Auch jüngste Äußerungen des Berliner Bundessenators kön-
nen dieser Kategorie zugeordnet werden. Wenn er von der
DDR die notwendige Renovierung der Autobahn Berlin-Hirsch-
berg fordert, hat man das Empfinden, daß er ein Mittel
weiß, mit dem er der DDR diesen Willen aufzwingen kann.
Starke Töne sorgen zwar für Schlagzeilen in der heimli-
schen Presse, aber nicht für Verständigung mit dem anderen
deutschen Staat.



Auf diese Verständigung kommt es in der innerdeutschen Politik an. Wir suchen sie nicht, weil wir mit den Ideen der DDR-Staatsführung sympathisieren oder weil uns die Persönlichkeiten an der Spitze dieses Staates von ihrer Grundauffassung besonders angenehm wären, sondern weil wir Verbindung mit den 16 Millionen Deutschen in der DDR halten wollen. Und das ist ohne Zusammenarbeit mit deren Staatsführung nicht möglich. Insofern ist es eine billige Methode, Politiker, die zu maßvollem Umgang mit der kommunistischen Staatsführung in der DDR raten, ideologische und politische Unzuverlässigkeit zu unterstellen. Es gibt nun einmal Tatsachen, die man zur Kenntnis nehmen muß, wenn man durch Politik etwas verändern will. Eine dieser Tatsachen für uns Deutsche ist die Anwesenheit einer starken Gruppe der sowjetischen Streitkräfte auf deutschem Boden östlich der Elbe und ist weiterhin die Tatsache, daß die sowjetische Staatsführung in diesem von ihr beherrschten Teil Deutschlands eine Regierung haben möchte, die ihr keine Schwierigkeiten macht.

Es ist nicht zu verkennen, daß sich nach der Regierungsübernahme große Teile der beiden Unionen die realistische Einschätzung der Lage in Deutschland zu eigen gemacht haben. Allerdings hat man das Empfinden, daß die meisten Unionspolitiker dabei zwiespältig sind. An den Wochentagen treiben sie in Bonn eine realistische innerdeutsche Politik, während sie an den Wochenenden auf Verbands- und Parteiveranstaltungen Töne anschlagen, die der Vergangenheit angehören.

Mit solch zwiespältiger Politik kann man sich eine gewisse Zeit lang über die Runden mogeln. Aber mehr nicht! Eine Politik der Stetigkeit und Verlässlichkeit mit dem Ziel der Verständigung kann so nicht erfolgreich betrieben werden. Schon rumort es in Unionskreisen, denen die innerdeutsche Politik der Regierungen Brandt und Schmidt überhaupt nicht schmeckte und die an der Politik ihrer eigenen Regierung schwer zu würgen haben.

Ein umfassender Klärungsprozeß ist in den beiden Unionen erforderlich. Die führenden Persönlichkeiten sollten auf ihren Parteitag und auf anderen öffentlichen Veranstaltungen so sprechen, wie sie es im vertrauten Rahmen von Beratungen tun.



Die vertraglichen Grundlagen der Entspannungspolitik, wie sie durch die sozial-liberale Koalition gelegt wurden, sollten von den Unionspolitikern nicht nur in spröder Juristenmanier völkerrechtlich anerkannt werden (das ist sowieso eine Selbstverständlichkeit), sondern müssen innerlich akzeptiert werden. Das muß auch dann geschehen, wenn die eine oder andere Regelung in den Verträgen von den Unionspolitikern anders angestrebt worden wäre. Wir Sozialdemokraten haben da mit den Westverträgen unsere Erfahrung.

Innerdeutsche Politik wird in erster Linie für die Menschen in der DDR betrieben. Sie sollten dadurch erfahren, daß uns ihr Schicksal nicht gleichgültig ist. Im Gegenteil: Wo immer sich für uns eine Chance ergibt, ihre Lage zu verbessern und ihre Hoffnung auf Änderung wachzuhalten, sollten wir sie nutzen.

Sehr viele Chancen werden wir sowieso nicht haben, solange sich die beiden Führungsmächte der Welt feindlich gegenüberstehen. Das kann sich 1985 allerdings ändern. Die Anzeichen dafür sind vorhanden, daß Verständigung wieder größer geschrieben wird. Es wäre doch politisch töricht, wenn bei uns Leute, die nicht Abschied nehmen können von ihren Vorstellungen der 50er und 60er Jahre, die Möglichkeiten für Fortschritte der innerdeutschen Politik schon jetzt verschütten. Unser Ziel muß es sein, dafür zu sorgen, daß die beiden deutschen Staaten an der Spitze der Entspannung und Verständigung marschieren.

(-/21.12.1984/rs/bgy)

+ + +



Ein zynischer Forderungskatalog

Die Verwirklichung der ASU-"Vorschläge" würde zu einer unvorstellbaren Massenarmut führen

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e.V. (ASU) hat Vorschläge für eine "marktwirtschaftliche Reform der Arbeitslosenversicherung" vorgelegt. Dahinter verbirgt sich der bisher dreisteste Versuch, die anhaltende wirtschaftliche Krisensituation zu einer Sozialdemontage ohne Beispiel auszunutzen. Was hier im einzelnen vorgeschlagen wird, würde die Bundesrepublik zu einem Staat mit bisher nicht bekannter Massenarmut machen.

Schon der selbstgewählte Ausgangspunkt der Überlegungen der ASU muß einen betreffen machen. Sie beschäftigt sich mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung nicht etwa aus sozialpolitischem Engagement, nicht aus dem Fürsorgegedanken der Unternehmer für von Arbeitslosigkeit Betroffene, sondern ausschließlich, weil Unternehmer auch an der Finanzierung der Versicherungsleistungen beteiligt sind.

Der Forderungskatalog der ASU

Ausgehend von der "Analyse", daß in der Bundesrepublik allenfalls drei bis vier Prozent der Bevölkerung arm sind (was sämtliche aktuellen Studien über die wachsende "neue Armut" bei uns schlicht ignoriert) und der Beurteilung der Arbeitslosenversicherung als "staatliche Zwangsjacke" kommt man zu folgendem Forderungspaket:

- Arbeitslosengeld und -hilfe sollen weiter abgesenkt werden,
- restriktive Anwendung der Zumutbarkeitsanordnung,
- Einführung von Wartezeiten bis maximal drei Monate (!) ohne staatliche Leistungen, in denen sich der Arbeitslose selbst versorgen soll, andernfalls auf Sozialhilfe angewiesen ist,
- degressive Gestaltung des Arbeitslosengeldes,
- Befreiung des Arbeitssuchenden und seines möglichen Arbeitgebers von tarifvertraglichen Bindungen,
- Reduzierung des Kurzarbeitergeldes auf maximal ein Jahr,
- Einführung von Wahlтарifen in der Arbeitslosenversicherung als Möglichkeit freiwilliger Selbstbeteiligung mit der niedrigsten Leistungsklasse etwas oberhalb der Sozialhilfe,
- Wiedereinführung und deutliche Absenkung der Versicherungspflichtgrenze zum "Schutz" der Gutverdienenden vor Umverteilung in der Pflichtversicherung,
- Ausgrenzung von Arbeitnehmern aus der Unterstützung, die regelmäßig saisonal arbeitslos werden,
- Ausgliederung bestimmter Problemgruppen aus der Arbeitslosenversicherung, insbesondere Arbeitslose, die länger als drei Jahre arbeitslos sind, "also offenkundig unvermittelbar sind",
- Aufhebung des staatlichen Monopols der Berufsberatung,
- Zulassung kommerzieller Arbeitsvermittler,



- Wegfall von staatlichen Leistungen für Umschulung und Fortbildung,
- vollständiger Wegfall der Maßnahmen zur staatlichen Arbeitsbeschaffung,
- Reduzierung der staatlichen Unterstützung auf eine "natürliche Arbeitslosenquote" von zwei bis drei Prozent, Restfinanzierung durch die Tarifpartner über Fonds beziehungsweise "marktgerechte Tarifabschlüsse",
- Streichung der grundgesetzlichen Verpflichtung des Bundes, die Defizitdeckung der Arbeitslosenkasse zu tragen,
- langfristig: vollständiger Wegfall der staatlichen Arbeitslosenversicherung.

Dieser Forderungskatalog ist der Rückfall in den blauen Sozialdarwinismus, er verletzt all das, was man unter dem Begriff des sozialen Anstands faßt. Und es behauptet keiner, die Forderungen seien so überzogen, daß sie selbst von der jetzigen Bundesregierung nicht aufgegriffen werden würden. Die ASU hat schon früher in anderen Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Vorreiterrolle übernommen und Vorstellungen entwickelt, die später in den Sozialdemontage-Konzepten der Lambsdorff, Albrecht und George auftauchten, um schließlich vom "Sozial"politiker Blüm exekutiert zu werden. Nicht umsonst erweist auch der Bundeskanzler der ASU als Hauptredner auf ihren Kongressen seine Referenz.

Die Arbeitslosen sollen bestraft werden

Die ganze Zynik, mit der dieses Papier verbreitet wird, drückt sich in folgendem Satz aus: "Für die ASU geht es nicht darum, Arbeitslose für die verfehlte Politik von Regierung und Tarifpartnern zu 'bestrafen', sondern um die zweckmäßigere und sparsamere Verwendung knapper Mittel." Das genaue Gegenteil ist natürlich der Fall. Angesichts 1984 erneut "erwirtschafteter" Milliardenüberschüsse bei der Bundesanstalt für Arbeit klingt das wie Hohn. Schuld an der Arbeitslosigkeit sind für die ASU letztendlich die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer beziehungsweise Arbeitslosen selbst.

Denn: "Strukturelle Arbeitslosigkeit ist eine Folge der Verarmung des Arbeitsmarktes und eines dadurch zu starren, nach unten nicht mehr beweglichen Lohnniveaus." Der Tariflohn, zu dem der Arbeitslose ja offensichtlich keine Arbeit findet, erweise sich als Beschäftigungssperre. So werden einige der Einzelforderungen leicht verständlich: wenn unter anderem das angeblich zu hohe Lohnniveau schuld an der Arbeitslosigkeit ist, dann muß man natürlich die Gewerkschaften zu "marktgerechten Tarifabschlüssen" - sprich Reallohnneinbußen - zwingen.

Wenn - wie die ASU meint - "bekannt" ist, daß weiterhin Stellen nicht besetzt werden können, weil Arbeitssuchende nicht ausreichend motiviert sind, diese zu akzeptieren, dann muß man eben die Leistungen noch mehr kürzen, an der Zumutbarkeitsschraube drehen, noch mehr Arbeitslose aus jeglicher Förderung hinausschmeißen, damit sie sich nicht weiterhin auf den Sozialleistungen ausruhen können. Wieviele dieser offenen Stellen man den mittlerweile über 3,5 Millionen Arbeitslosen (inclusive stille Reserve) anzubieten hat, zur Zeit circa 120.000, muß bei so einer famosen Argumentation natürlich unerwähnt bleiben.

Das Ziel: Senkung der Lohn- und Lohnnebenkosten

Aber, man höre und staune, das dreiste Forderungspaket wird noch nicht einmal - wie sonst üblich - mit dem sozialen Mäntelchen kaschiert, damit wolle man die Arbeitslosigkeit abbauen. Originalton ASU: "Alle diese Vorschläge sind konservativ, gehen von der angespannten Lage der öffentlichen Finanzen aus und können keine wesentliche Reduzierung der Arbeitslosenzahl bewirken." (!) Unverhohlener kann man nicht zum Ausdruck bringen, daß das eigentliche Ziel die unternehmerische Entlastung von lästigen Lohnnebenkosten ist, sowie die Möglichkeit, das Arbeitslosensheer noch kräftiger als bisher zur Drückung der allgemeinen Lohnkosten auszunutzen zu können.



Als gewünschter Nebeneffekt fällt noch die Schwächung der Gewerkschaften an, deren Tarifhoheit über Sonderregelungen für die Neubeschäftigung von Arbeitslosen zu Billigtarifen ausgehebelt werden soll. Die Gewerkschaften sollen auf ihre Funktion zur Zeit ihrer Gründung zurechtgestutzt werden: Selbsthilfe-Unterstützungsvereine ohne Recht, die dann eine staatliche Sozialfürsorge wieder überflüssig machen sollen.

Eine weitere Aufgabe der Gewerkschaften läge nach diesen Vorschlägen darin, die Kosten für die Umschulung von Arbeitslosen zu tragen. Denn - so schreibt die ASU, und auch das ist nicht anders als zynisch zu nennen -: "Aufgaben wie Umschulung und Weiterbildung gehören grundsätzlich zur Privatsphäre und sollten darum auch individuell oder in privater Selbsthilfe finanziert werden." Für die ASU geht es dabei nämlich nicht darum, zumeist unverschuldet arbeitslos gewordenen die Wiedereingliederung ins Arbeitsleben zu ermöglichen. Für die steckt nur die "Erfüllung des persönlichen Wunsches nach Aufstieg oder sonstigen beruflichen Änderungen" dahinter!

Auch der Arbeitnehmer trage ein "Marktrisiko" für die Verwertung seiner Fähigkeiten. Wie dies aussehen würde, ginge es nach den Vorschlägen der ASU, bekämen zum Beispiel die Bauarbeiter zu spüren. Als stark von saisonalen Einflüssen Abhängige müßten sie ihr Marktrisiko eben selber tragen, flögen aus der Arbeitslosenunterstützung heraus.

Wahltarife als Freifahrtschein in die Armut

Ungeheuerlich ist auch der Versuch, Wahltarife bei der Arbeitslosenversicherung einführen zu wollen. Das, was die ASU als "staatliche Zwangsjacke" bezeichnet, hat bisher immerhin dafür gesorgt, daß für Millionen von Arbeitnehmern, die aufgrund der gegenwärtigen anhaltenden kapitalistischen Wirtschaftskrise ohne ihr Verschulden arbeitslos geworden sind, eine finanziell abgesicherte, menschenwürdige Existenz erhalten blieb.

Schon der massive Sozialabbau der Wende-Koalition gerade im Bereich der Arbeitslosenversicherung hat hier wesentliche Einschnitte gebracht, Armut zur sozialen Realität in der BRD werden lassen. Diese Wahltarife einzuführen hieße, mehrere Millionen Menschen in ihrer Lebenshaltung auf Sozialhilfeniveau herabzudrücken.

Der letzte Schritt, die Abschaffung jeglicher staatlicher Arbeitslosenversicherung, ist in diesem Zusammenhang nur konsequent. Es wäre der Weg zurück in frühkapitalistische Zustände. Es gilt den Anfängen zu wehren! (-/21.12.1984/ks/rs)

+ + +



Schöne Bescherung

Skrupellos wurden die geringer Verdienenden beim Weihnachtsgeld benachteiligt

Von Karl Heinz Müller MdB

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Noch nie wurde so hingelangt! Es war der Regierungskoalition in Bonn aus CDU/CSU und FDP vorbehalten, den unteren und mittleren Lohn- und Einkommensbezieher in die Taschen zu greifen und als Krönung das Weihnachtsgeld beachtlich zusammenzustreichen. Gleichzeitig aber wird die Weihnachtsgans, die den Besserverdienenden unter den Christbaum gelegt wird, weiter gemästet. Wenn das Stichwort soziale Gerechtigkeit so wenig Gewicht hat wie bei den Bonner Regierenden und der CSU, dann bleibt nur das Fazit: Die Skrupellosigkeit, mit der die konservativen Politiker den Sozialstaat abbauen und die soziale Gerechtigkeit mit Füßen treten, ist beispiellos.

Konkret sieht das beim Weihnachtsgeld 1984 so aus:

Bruttomonatslohn oder -gehalt	Weihnachtsgeld	Kürzung des Weihnachtsgeldes (Differenz der Beiträge nach altem und neuem Recht)
2.000 DM	2.000 DM	17,55 DM
2.500 DM	2.500 DM	77,55 DM
3.000 DM	3.000 DM	218,40 DM
3.500 DM	3.500 DM	393,90 DM
4.000 DM	4.000 DM	323,40 DM
4.500 DM	4.500 DM	438,90 DM
5.000 DM	5.000 DM	254,10 DM
5.200 DM	5.200 DM	0,00 DM

Der Grund für die böse Überraschung beim Weihnachtsgeld: Den unteren und mittleren Einkommen werden Leistungen gekürzt und Beiträge erhöht. Dazu gehört, daß CDU, CSU und FDP das Weihnachtsgeld (übrigens auch das Urlaubsgeld) stärker in die Beitragspflicht zur Sozialversicherung einbezogen und den Weihnachtsfreibetrag in der Sozialversicherung gestrichen haben. Wer aber gut verdient, bleibt - siehe obige Tabelle - ungeschoren. (-/21.12.1984/ks/rs)

+ + +

Allen unseren Lesern und Bezieher wünsch
wir frohe Feiertage und ein erfolgreiches Jahr 1985.

SPD-Pressedienst GmbH
Verlag und Redaktion

